

Volksstimme

Einzelpreis 500000 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567 für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 17. bis 23. September 2500000 Mark, Abolter 2400000 Mark.

Anzeigen-Grundpreis: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile östlich 84 M., auswärts 108 M.; Familienanzeigen und Stellengesuche 42 M.; Vereinstalender 96 M., die dreigeptaltene, 30 Millimeter breite Nonpareillezeile östlich 420 M., auswärts 540 M. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereins der Deutschen Zeitungsverleger, zuerst 12 000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 221.

Magdeburg, Sonnabend den 22. September 1923.

34. Jahrgang.

Frankreich will verhandeln.

Der englische Ministerpräsident Baldwin war in Paris und hatte mit Poincaré eine Unterredung. Es ist über das Ergebnis nichts anderes bekannt geworden, als daß Baldwin und Poincaré sich „einig“ geworden seien. Eine Sabas-Note stellt den Ausgang als einen vollkommenen Triumph Frankreichs dar, läßt aber nebenbei durchfließen, daß Poincaré bereit ist, die Verhandlungen mit Deutschland aufzunehmen.

berausgesetzt, daß die Verordnungen über den passiven Widerstand zurückgenommen würden.

Die Stellung der deutschen Regierung dazu wird folgendermaßen skizziert:

Den Mitteilungen ist bekannt, daß auch Deutschland nichts anderes erstrebt, als eine Basis für die endgültigen Reparationsverhandlungen zu schaffen, die der französische Ministerpräsident jetzt in Aussicht stellt. Deutschland ist bereit, zu diesem Zweck alles, was in seiner Macht liegt, zu tun, um die wirtschaftliche Arbeit des Ruhrgebietes wiederherzustellen. Dabei liegt aber auf der Hand, daß der praktische Erfolg aller Schritte, die Deutschland in dieser Richtung tun kann, durch das bedingt ist, was die Alliierten ihrerseits daraufhin tun. Eine Befreiung des Ruhrgebietes und eine Wiederaufnahme normaler wirtschaftlicher Funktionen ist auch nur für die Dauer eines Provisoriums schwer denkbar, wenn nicht die Verurteilung amnestiiert werden, die Ausgewiesenen zurückzuführen können und solange die Verwaltung nicht wieder in die Hände der deutschen Beamten gelegt ist. Ebenso hängt das Wiedererleben der besterhaltenen Gebiete davon ab, daß die freie Arbeit gewährleistet wird und der freie Verkehr zwischen besetzten und unbesetzten Gebieten gesichert ist. Wird ein solcher Zustand mit möglichster Beschleunigung hergestellt, so ist das die Voraussetzung dafür, die Reparationsfrage selbst durch effektive Zahlungen in einer Weise zu lösen, die die Räumung des Ruhrgebietes in sich schließt und den vertragsmäßigen Zustand im Rheinland wiederherstellt.

Die Dinge liegen also so, daß Deutschland den passiven Widerstand aufgibt, wenn Zug um Zug die Verurteilungen amnestiiert werden, den Vertriebenen die Rückkehr gestattet wird, die deutschen Beamten ihre Stellen wieder einnehmen und die Arbeit von den Besatzungstruppen nicht gehindert wird. Die

Räumung der Ruhr

soll nach dem Beginn und im Maße der deutschen Zahlungen ihren Anfang nehmen. Diese Zahlungen und ihr Modus sollen in Verhandlungen festgelegt werden.

Ob Poincaré mit einer Regelung auf dieser Basis einverstanden ist, werden die nächsten Tage lehren. Nach einer Mitteilung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ sollen die deutschen Vorschläge schriftlich dem belgischen Gesandten übergeben worden sein.

Es wird sich niemand einem Zweifel darüber hingeben dürfen, daß die in Aussicht gestellten Verhandlungen sehr einseitig sein werden. Das Kabinett Stresemann und mit ihm das deutsche Volk gehen schweren Tagen entgegen. Es rüden denn auch schon die Leute an, die entschlossen sind, diese Zeit für ihre Parteigeschäfte auszunutzen. Die Deutschnationalen arbeiten an einer

zweiten Dolchstoßlegende.

Die vereinigten deutschnationalen Fraktionen des Reichstags und des Preussischen Landtags haben nämlich in Anwesenheit von Vertretern der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei in Bayern) beschlossen, folgende gefektern schon im Auszug erwähnte Erklärung zu veröffentlichen:

Wir erheben in letzter Stunde scharfen Einspruch gegen die von der Regierung Stresemann unter dem Wechsel des Kurzes eingeschlagene Politik, die offensichtlich eine Verhöhnung und jeden Preis mit dem habschütten und unerbittlichen Frankreich erstrebt. Solche Politik kann nur zur vollen Kapitulation führen. Eine Preisgabe des Widerstandes an Rhein und Ruhr durch Zurückziehung der Anordnungen der Regierung müßte uns dem französischen Diktat widerstandslos unterwerfen. Durch zweideutige und unerbittliche Zusagen des Gegners dürfen wir uns darüber nicht täuschen lassen. Als Ergebnis auf dieser Grundlage geführter Verhandlungen kann nur erwartet werden, daß der Raub von Rhein und Ruhr durch eine deutsche Unterschrift mit dem Scheine des Rechtes umkleidet wird, und daß Frankreich aufs neue wahrhaftige und unerfüllbare Reparationsforderungen festsetzt, zu deren Erfüllung Deutschland sich dann durch seine Unterschrift gebunden hat. Damit kann dem deutschen Volke nicht geholfen und der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch nicht aufgehalten werden. Kapitulation und Unterschrift heben nicht die Not, sondern fügen nur Not auch noch die Schande. Wir aber wissen, daß unser Volk noch stark genug ist, um sich der Schande zu erwehren. Die Deutschnationale Volkspartei lehnt vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte die Verantwortung für jede Politik der Schwäche und der Scheu vor der letzten Entscheidung ab. Sie erklärt feierlich, daß sie deren Ergebnisse niemals anerkennen würde.

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei wendet sich gegen diese Erklärung mit folgenden

vier Fragen:

1. Wie denkt sich die Deutschnationale Partei die weitere Finanzierung des Abwehrkampfes an der Ruhr?
2. Wie denkt sie sich die Gestaltung der deutschen Währung bei Fortsetzung dieser Finanzierung?
3. Wie denkt sie sich die Fortsetzung des passiven Widerstandes durch die Bevölkerung an Rhein und Ruhr unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden moralischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen? Welche Mittelungen sind hierüber der Deutschnationalen Partei tatsächlich zugegangen?
4. Wenn der Kampf als machtpolitischer Kampf ausgetragen werden soll, wo sind dann die hierzu erforderlichen Machtmittel?

„Auf alle diese Fragen muß das deutsche Volk“, so schreibt der volksparteiliche Pressedienst weiter, „eine offene, ehrliche und rückhaltlose Antwort verlangen. Es ist notwendig, daß man auch in Bayern diese Fragen bis ins einzelne prüft, zumal Frankreich von Bayern ebenfalls ein Mandat befolgt hat in Gestalt der bayerischen Pfalz. Wir fürchten jedoch, offen gestanden, daß das deutsche Volk die unumwundene Antwort auf diese vier Fragen von der Deutschnationalen Partei nicht erhalten wird.“

Die „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ unter der Führung des aus der Volkspartei hinausgeworfenen Abgeordneten Geisler besitzen die Unerschämtheit, festzustellen, daß Sozialdemokratie, Gewerkschaften und ihre Verbündeten im bürgerlichen Lager wieder, wie im Kriege, Deutschlands Feinden in die Hände arbeiten“. Sie ziehen daraus die Folgerung, daß der Weg aus dem Unglück „nur über die

zertrümmert und Vernichtung

der den Feinden Deutschlands in die Hände arbeitenden marxistischen Organisationen führt“.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund (A. D. G. B.) setzt sich dagegen zur Wehr. Er schreibt uns:

Aus durchsichtigen Gründen wird von deutschnationalen Mäthern die Meldung verbreitet, die Gewerkschaften hätten an die Reichsregierung ein Ultimatum gerichtet, daß sie entweder in drei Tagen den passiven Widerstand aufgeben oder zurücktreten müßte.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund erklärt kategorisch, daß diese Meldung in keiner Weise den Tatsachen entspricht und nur zu dem Zweck von arbeitgeberfeindlicher Seite verbreitet wird, das Odium für etwaige von der Reichsregierung geplante Maßnahmen, die angesichts der erst von ihr in ihrem vollen Umfang aufgedeckten untragbaren Finanzlage der Regierung Cuno und des von unverantwortlichen Stellen der Wirtschaft absichtlich und gewissenlos noch jetzt betriebenen Ruins der Mark notwendig erscheinen könnten, auf die Gewerkschaften abzuwälzen. Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter sind in den ganzen Monaten der Ruhrbesetzung die eigentlichen Träger des passiven Widerstandes gewesen und haben alles getan, um im Interesse der Nation und der Arbeiterklasse der deutschen Regierung die Möglichkeit zu geben, das Reparationsproblem auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit den Besatzungsmächten einer friedlichen Lösung zuzuführen. Sie sind in den vergangenen Monaten die entscheidenden Vorkämpfer einer rechtzeitigen Gesundung der deutschen Finanzen gewesen im vollen Bewußtsein der Gefahr, die die Verschleppungspolitik der Regierung Cuno für die politische Einheit und die wirtschaftliche Freiheit des Reiches sowie für die Stellung jeder deutschen Regierung bei der Wiedereröffnung von Verhandlungen über die Lösung des Ruhrkonfliktes heraufbeschwören mußte. Sie haben mit großem Nachdruck den Staat in seinem Kampfe gegen die selbstwiderberische Steuerfabrikation der Privatwirtschaft unterstützt und sind mit gleicher Entschiedenheit jedem Separatismus in Bayern und am Rhein entgegengetreten.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund wendet sich daher mit größter Schärfe gegen den jetzt unternommenen Versuch, den Gewerkschaften und den von ihnen vertretenen Arbeitern die Verantwortung für die Folgen der Politik der Regierung Cuno und des unverantwortlichen Vorgehens gewisser Gruppen der Industrie und Finanz aufzabürden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Deutschnationalen alles tun werden, um der Arbeiterklasse die Schuld an dem unglücklichen Ausgang des Ruhrabenteuers ebenso aufzubürden, wie sie es in bezug auf den Verlust des Krieges tun. Es kommt nur darauf an, ob sie in den Mittelstufen mit dieser Lüge Anlauf finden und ob sich die deutschen Arbeiter diese Demagogie gefallen lassen.

Von der Regierung und den für Deutschlands Schicksal verantwortlichen Parteien verlangen wir, daß sie ohne Rücksicht auf agitatorische Möglichkeiten das tun, was zur Rettung Deutschlands getan werden muß. Mit den Doktrinhörern wollen wir dann schon fertig werden. —

Das Ruhr-Panama.

Die Geschichte wiederholt sich. Je mehr Einzelheiten über die Verschleuderung der Ruhrkredite bekannt werden, desto offenkundiger wird es, daß wir es hier mit einer Panama-Affäre von ungeheuerlichem Ausmaß zu tun haben. In der „Vossischen Zeitung“ wird darüber geschrieben:

Der Zusammenbruch des Regimes Cuno zieht keine Kreise. Was die Herren Becker und Hermes aus begreiflichen Gründen geheim zu halten wünschten, wird jetzt offenbar. Die Ruhraktion hat nicht nur notwendige Ausgaben mit sich gebracht, die Monate hindurch das Reich zu tragen einfach nicht in der Lage war, sondern sie hat obendrein auch noch unnötige Summen gestiftet, an denen auch ein wohlgeordnetes Finanzwesen schließlich zusammengebrochen wäre. Zwar ist es nicht verwunderlich, daß bei einem Unternehmen, das nach vorläufiger Schätzung täglich 10 bis 12 Millionen Goldmark verschlingt — die volksparteiliche Abgeordnete Frau Oheim sprach kürzlich sogar von 40 Goldmillionen —, manche statliche Summe in Taschen fließt, für die sie nicht bestimmt ist. Aber die unverantwortliche und untragbare Belastung des Reiches entstand nicht durch ein paar Fälle illegaler Korruption, die hier und da vorgekommen sein mögen, sondern sie rührt her von dem ganz „legalen“ Zustande, der sich in den letzten Monaten im Ruhr- und Rheinland herausgebildet hatte.

Von den Reichsgeldern lebten nicht nur diejenigen, die wirklich infolge der Besetzungsmassnahmen und des passiven Widerstandes arbeitslos geworden waren, sondern ganze Berufsgruppen, die nichts mit dem passiven Widerstand zu tun hatten, ließen sich bereitwillig von der Ruhrhilfe „erfassen“. Mit den Kaufleuten fing es an, dann kamen Kinobesitzer und Gastwirte, und endlich sollen sogar die Hausangestellten sehr begüterter Familien ihre Unterstützung aus der Ruhrhilfe des Reiches bezogen haben.

Mit Recht weist das Blatt darauf hin, daß die Berliner Zentrale, das Kabinett Cuno, die Verantwortung für dieses System der Korruption trifft. Jetzt wird natürlich versucht, die Regierung und das Unternehmertum zu entlasten und alle Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen. Wie steht es aber in Wahrheit mit diesen Dingen?

Die Arbeiter, die die Hauptträger des passiven Widerstandes waren, haben aus den Mitteln des Reiches ihren Lebensunterhalt bekommen. Vielfach ist die Not, die man ihnen geben konnte, recht schmal gewesen, manchmal mag sie reichlicher gewesen sein, als zum notdürftigen Leben erforderlich war, Reichthümer werden sie aber während der achtmonatigen Besetzungszeit kaum haben ansammeln können.

Wie steht es aber mit den großen Unternehmern des besetzten Gebietes? Gewiß, auch sie haben während der Besetzung zum Teil persönlich Schwerstes erlitten müssen; ihre Betriebe standen still, und damit entfielen die normalen Einnahmen und Ueberflüsse. Die Gelder, die das Reich dem Rhein- und Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt hat, wurden zwar den Unternehmern durch die Kohlenfinanzierungsgesellschaft, die Stahlfinanzierungsgesellschaft und einige kleinere Unterstützungskassen als Kredite gegeben. Die Kredite waren — es ist das eine der trübsten Seiten aus dem Kapitel Hermes-Hafenstein — mehrere Monate hindurch nicht wertbeständig, so daß das Reich schon dadurch außerordentliche Verluste erlitt. Etwa seit dem Mai sind dann die Kredite allgemein auf wertbeständige Grundlage umgestellt worden, so daß nominal die Ruhr- und Rheinindustrie dem Reich in sehr großem Umfang verschuldet ist. Aber diese Schuld wird anscheinend von beiden Seiten nicht mehr recht ernst genommen.

Diese Tatsachen wirken um so niederschmetternder, als allgemein bekannt ist, daß zahlreiche Unternehmer im Ruhrgebiet gewaltige Warenvorräte aufgespeichert und ihre Betriebe aus den Mitteln der Ruhrhilfe instand gesetzt und ausgebaut haben. Die Forderung ist deshalb berechtigt, daß diese Kredite voll zurückgezahlt werden. Ohne Rücksicht muß in diesen großen Sumpf hineingeleuchtet und gegen die Schuldigen vorgegangen werden. —

Der Sinn der Zwischenlösung.

Durch die angekündigte Währungsreform will das Kabinett Stresemann-Hilferding die ins Stocken geratene Warenzirkulation wieder normal gestalten und den öffentlichen Haushalt wieder in Ordnung bringen. Der ersten Aufgabe soll die durch Devisen und Gold gedeckte Note der Reichsbank dienen, die infolge der kurzen Decke leider auf kleine Kreise beschränkt werden muß. Der zweiten Aufgabe dient die sogenannte Währungsnote, durch die die Fundierung der schwebenden Schuld vorgenommen werden soll. Weiterhin bietet die Note der Währungsbank dem Staate die Möglichkeit zu einer Marktkursregulierung, so daß die Stabilisierung der Papiermark infolge ihrer Kontingenzierung möglicher als bisher erscheint.

Die Regierung steht vor einer riesigen Aufgabe. Man kann ruhig sagen, daß noch kein Kabinett in der deutschen Republik einen so schwerwiegenden und weitreichenden Entscheidungskomplex wie das Kabinett Stresemann-Gilferding. Es handelt sich nicht um eine Stabilisierung der alten Papiermarkwährung, sondern um die Schaffung einer neuen Währung. Diese kann nur die Währung mit Goldbeifundung sein, weil der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft die Restzahlungen an andere politische Defonomen in Gold bzw. unsichtbarem Golde, d. h. in Devisen, entrichten muß. Für die endgültige Reform wird die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz dieselbe Bedeutung haben, wie der Staatshaushalt für die Zwischenlösung. Die glückliche Lösung der Zwischenreform hängt vom Staatshaushalt, die der endgültigen Reform von der zukünftigen Gestaltung der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz ab.

Man hat in letzter Zeit oft über den tatsächlichen Stand der deutschen Handelsbilanz gestritten. Für den speziellen Fall der endgültigen Währungsreform ist die wirkliche Höhe der Ein- und Ausfuhr nicht von ausschlaggebender Bedeutung, weil die sichtbare Ein- und Ausfuhr, die sogenannte Handelsbilanz, in der höheren Gattung, der unsichtbaren, der Zahlungsbilanz aufgeht. Diese ist ganz bestimmt infolge der Reparationsverpflichtungen ungünstig und hat die Papiermarkwährung in erster Linie mit unter Kurstdruck gehalten. Der Zerfall der Kupientwährung in Indien unter Einfluß der englischen Reparationsforderungen ist geradezu ein klassisches Beispiel für die zerrüttende Wirkung übersehener Kriegsentlastungen auf die Währung eines Landes. Ein Land, das an den Weltmarkt dauernd Restzahlungen zu entrichten hat, muß immer wieder das Gold und die Devisen angreifen. Die Wirtschaft kann sich eben im Nehmen und Geben gegenüber den andern Volkswirtschaften nicht ausgleichen. Sie gerät in Verschuldung und verliert das Vertrauen, den Kredit. Das Minus in der Zahlungsbilanz muß unbedingt ausgeglichen werden, wenn der Wechselkurs des Landes nicht Schwankungen großen Stils erliegen soll. Das kann aber nur durch Kapitaleinfuhr geschehen. Wir müssen uns also auf dem Weltmarkt Kapital besorgen, um unsere Zahlungsbilanz einem Ausgleich näher zu bringen.

Die notwendige wirtschaftliche Verständigung mit unserm Reparationskontrahenten wird an und für sich Kapital in unsere deutsche Wirtschaft bringen. Zu bezweifeln ist, ob das Geld in den in Frage kommenden Ländern, besonders in Frankreich, so flüchtig ist, um den ungeheuren deutschen Bedarf zu befriedigen. Mit der einmaligen Erwerbung von größeren Aktienpaketen der westdeutschen Erwerbsgesellschaften ist uns absolut nicht geholfen. Soll die Wirtschaft wieder rentabel werden, so müssen dauernde Zufuhren an Kapital erfolgen, die zu guter Letzt nur der gesamte internationale Geldmarkt leisten können. Er wird es nur tun, wenn die Beherrscher des internationalen Goldstromes zu Deutschland Vertrauen gewinnen. Das Vertrauen wird sich aber nur einstellen, wenn die Inflation aufhört und die Notenpresse wirklich stillsteht. Man muß draußen an unsern Ausweisen sehen, daß mit den Geldschöpfungen in Deutschland auf Grund der Staatsverschuldung Schluß gemacht worden ist und daß sich die Fundierung unserer wachsenden Schuld vollzieht. Das Kabinett Stresemann-Gilferding hat sich daran gemacht, diese Voraussetzungen zu schaffen. Aus eigener Kraft soll der Staatshaushalt gereinigt und die Inflationsperiode überwunden werden. Gelingt ihm das, dann kann es auf internationale Hilfe hoffen und zur Goldwährung kommen.

Wenn Staat und Wirtschaft internationale Anleihen erhalten, wodurch die Zahlungsbilanz günstiger gestaltet und die definitive Währungsreform gesichert wird, summiert uns das Ausland im Grunde genommen Warenausfuhr. Denn die Zurückzahlung kann nur in Waren, also durch den

Export, erfolgen. Die deutsche Wirtschaft wird also schon sehr bald zu zeigen haben, ob sie eine feste Brücke zu einer stabilen Währung, zum ehrlichen Golde, sein kann. Die an sie zu stellende Aufgabe ist nicht leicht. Der deutsche Export hat gegen eine Unsumme hindernder und wirtschaftswidriger Klauseln aus dem Versailler Vertrag und gegen die diese ergänzenden Antidumpingszölle anzukämpfen, die in dem Moment unsinnig geworden sind, in dem Deutschland keinen Schönderexport mehr treiben kann. Das deutsche Dumping ist zu Ende. Der Augenblick ist gekommen, wo rationelles Arbeiten, Anspannen unserer Technik und peinlichste Preiskalkulation das Gebot der Stunde sind, wenn wir nicht untergehen sollen.

Sensation auf der Börse.

Die Donnerstagsbörse brachte eine große Ueberraschung, weil die Anforderungen an den Devisen- und Notenmarkt mit Ausnahme der Auszahlung Paris, die mit 50 Prozent zugeteilt wurde, voll befriedigt worden sind. Der Dollar wurde durchschnittlich mit 182 Millionen und das englische Pfund mit 822 bzw. 837 Millionen notiert.

Mit dieser neuen Maßnahme hat das Finanzministerium mit dem Schluß der Reparationen, das die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln künstlich aufbaute und die Kurse, da ein entsprechendes Angebot eben nicht vorlag, immer wieder steigerte, gebrochen. Seit langem wurden durchschnittlich 5 und selten über 10 Prozent zugeteilt. Um nun den wirklichen Bedarf zu befriedigen, meldete jeder möglichst viel an. Das war bei aller Geldknappheit möglich, weil sich die meisten Banken nicht an die Abmachung gehalten haben, Aufträge auf Devisen nur gegen Barzahlung entgegenzunehmen. Noch während der amtlichen Notierungen erfolgten am Donnerstag beträchtliche Abgaben des angemeldeten und zugeteilten Materials. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Aufträge zum Teil rein spekulativ waren und daß sich die Auftraggeber bei voller Zuteilung überkauft hatten und in die üble Lage veretzt wurden, unter allen Umständen Geld flüssig zu machen. Es ist Sache des Devisenkommissars, diese Vorgänge genau zu untersuchen und sich die in Frage kommenden Leute näher anzusehen.

Die neue Taktik des Finanzministers wird natürlich viel Geld kosten. Sie ist aber ein Ausweg, den Devisen- und Notenmarkt zum Teil von seinem künstlichen Druck zu befreien. Der Erfolg muß abgewartet werden. Vorläufig scheinen die Maßnahmen des Reichsfinanzministers eine gute Lektion gewesen zu sein. Im Verlauf der amtlichen Notierungen machte sich ein starkes Angebot von Devisen bemerkbar. So wurden u. a. 125 000 bis 130 000 Dollar und größere Mengen tschechischer Kronen auf den Markt geworfen. Außerdem, im freien Verkehr, wurde der Dollar mit 140 bis 145 Millionen und das Pfund mit durchschnittlich 750 Millionen gehandelt.

„Ehrlicher Lohn“.

Jeder Arbeiter hat Anrecht auf ehrlichen Lohn. Ein Lohn, der ihm ohne seine Schuld unter den Händen zerrinnt, der ihm Scheinwerte vorkaufst, ist kein ehrlicher Lohn.“ So lesen wir erstaunt in der großartigen „Deutschen Tageszeitung“. Wie konnte diese Einsicht so urplötzlich reaktionärer Girnen entweichen? Im Weiterlesen finden wir des Rätsels Lösung: „Ehrlicher Lohn ist nicht möglich ohne ehrliche Arbeit.“ Dieser Satz macht bei der „Deutschen Tageszeitung“ schon flüchtig, und nach langer Erörterung, was das Agrarierblatt unter ehrlicher Arbeit und ehrlichem Lohn eigentlich versteht, heißt es dann auch zusammenfassend:

Ehrliche Arbeit aber ist nur Arbeit, die mit ehrlicher Hingebung geleistet und nicht mit einer Stunden-erlei, sondern nach ihrer wirklichen Leistung gemessen und bewertet wird. Unwürdige Streife schänden den Begriff ehrlicher Arbeit. Jede ehrliche Arbeit zahlt; jede uneheliche, und sei es auch für die betreffende Person selber erfolgreichste Kappenarbeit, entfällt und macht gemein. Auch der letzte Handarbeiter in Deutschland hat Anspruch darauf, daß nie-

mand seine Arbeit verachtet; aber dieser Anspruch besteht für ihn nur, wenn er selber seine Arbeit achtet, d. h. sie mit ehrlicher Hingebung leistet.

Nun wissen wir, welche Arbeiter mit ehrlichem, ausreichendem Lohne bedacht werden sollen: die nicht mit der Stundenelle messen, das heißt, vom Morgengrauen bis zur sinkenden Nacht arbeiten wollen, statt 8 Stunden doppelt soviel und noch mehr. Das genügt aber noch nicht, sondern die Arbeiter müssen auch noch alles an Kraft herausgeben, was sie besitzen. Das sagt der wiederholte Hinweis, daß „mit ehrlicher Hingebung“ gearbeitet werden muß. Dafür gibt es satt zu essen. Kartoffeln und Brot. Das übrige bleibt für die andern, die auch nicht ihre Arbeit mit der Stundenelle messen können, weil nichts zu messen da ist, weil sie keinerlei produktive Arbeit leisten, sondern nur das verjubeln, was mit ehrlicher Arbeit in den Doppelschichten verdient, aber nicht ausgezahlt wird. Die Leute nämlich, die der „Deutschen Tageszeitung“ näherstehen als uns und für deren Interessen sie die gequälte deutsche Arbeiterschaft noch mehr ausbeuten lassen möchte, als es ohnehin schon geschieht.

Betriebsstilllegungen in Sachsen.

Aus Dresden wird berichtet: In Sachsen sind dem Arbeitsministerium während der letzten Wochen ganz außergewöhnlich zahlreiche Anzeigen über beabsichtigte oder bereits durchgeführte Betriebs-einschränkungen und Stilllegungen erstattet worden. Aus diesen Anzeigen und insbesondere aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsämter ist zu erkennen, daß die Unternehmer mit ihren Stilllegungsanträgen vielfach lediglich den Zweck verfolgen, möglichst schnell ihre Betriebe zum Stillstand zu bringen oder wesentlich einzuschränken und sich durch ihre Verpflichtungen gegenüber der Volks- und Steuerwirtschaft sowie ihrer Arbeiterschaft auf bequemem Wege zu entziehen. Damit wird zugleich beabsichtigt, die zwischen den Vertretern der wirtschaftlichen Vereinigungen oder durch Schiedspruch festgesetzten Gehalte und Löhne für die Arbeitnehmererschaft unwirksam zu machen.

Das sächsische Arbeitsministerium ist entschlossen, solchen Willkürhandlungen nachdrücklich entgegenzutreten und hat deshalb angeordnet:

Die Genehmigung zur Abkürzung der Sperrfrist oder zur sofortigen Betriebsstilllegung kann künftighin nur vom Arbeitsministerium selbst erteilt werden.

Alle derartigen Maßnahmen sind auf das peinlichste zu überprüfen (bei ungläubigen Angaben des Unternehmers über seine Betriebsverhältnisse Einsichtnahme der Geschäftsbücher und Geschäftskorrespondenzen).

Bei den Erörterungen ist der Unternehmer nachdrücklich auf die in § 4 der Stilllegungsverordnung vorgesehene Beschlagnahme und Enteignung darauf hinzuweisen, daß das Arbeitsministerium gegebenenfalls rüchstandslos Gebrauch von seinem Beschlagnahme- und Enteignungsrecht machen wird.

An dem Orte jeder Kreishauptmannschaft ist sofort vom Demobilisationskommissar ein „Ausfluß für Stilllegungsangelegenheiten“ zu errichten, der sich aus dem Demobilisationskommissar oder seinem Stellvertreter und je drei Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzt. Der Ausfluß hat u. a. die Aufgabe, auf Antrag des Arbeitsministeriums über Beschlagnahme und Enteignung die endgültigen Entscheidungen zu treffen.

Unter den gewerblichen und Verkehrsbetrieben sind das Biegelei- und Baugewerbe sowie die Straßenbahnbetriebe einzugliedern.

Das Arbeitsministerium weist weiter darauf hin, daß Kündigungen oder Entlassungen während der Sperrfrist nicht stattfinden dürfen. Die Ankündigung der Arbeits-streckung hat durch Anschlag in den Betriebsabteilungen und so rechtzeitig zu erfolgen, daß die betreffenden Arbeiter in die Lage versetzt werden, noch vor Eintritt der Arbeits-streckung deren Notwendigkeit durch den Schlichtungsausschuß bzw. Demobilisationskommissar nachprüfen zu lassen. Ferner sind die Unternehmer verpflichtet, sich mit den Betriebsvertretungen längere Zeit vor einer geplanten Arbeits-streckung oder Betriebsstilllegung ins Benehmen zu setzen. Die

Kleines Feuilleton.

Der historische Film.

Frederik von Schackstein erzählt in der Einführung zu seinem sehr lesenswerten Traktat von einem berühmten englischen Staatsmann, der auf dem Totenbett hat, ihm etwas vorzulesen, jedoch hinausgeht: „Aber nur keine Geschichte, denn das mag ja gelogen sein.“

Leblich wollen in den Rinde des Reiches, von der Größe des am Welt, die Film aus herrlicher Vergangenheit. Und das ganz der besten Gründe. Warum zu wünschen wäre, daß man in Deutschland sich ganz belügen läßt. Das ist jedoch keinesfalls etwas hehrliches Denken; denn jeder historische Staat hat ja ein England.

Es haben im Film ein Leben, wenn viel von Kuriosität und Wahrschlag vorzuziehen und vor allen Dingen mit dem Gedanken, nicht nur der besten Gründe. Warum zu wünschen wäre, daß man in Deutschland sich ganz belügen läßt. Das ist jedoch keinesfalls etwas hehrliches Denken; denn jeder historische Staat hat ja ein England.

Bei uns gibt es die Reaktion der Vergangenheit. Die Republik plant mit der Verfassung auf die Zukunft abzugeben. Es gibt allerdings Leute, die meinen, die Republik hätte schon in dem die Vergangenheit. Und das ganz der besten Gründe. Warum zu wünschen wäre, daß man in Deutschland sich ganz belügen läßt. Das ist jedoch keinesfalls etwas hehrliches Denken; denn jeder historische Staat hat ja ein England.

der Republik kein Raum? Oder findet sich kein Vertrieb für derartige geschichtliche Filme in dem Deutschland der Republik? (Nebenbei: mit „Nathan dem Weisen“ macht man kaum Propaganda für die Republik.)

Rein für eine, eine derartige Gegenpropaganda sei unzulässig? Dann verkennt ihr den entscheidenden Wert des Propagandawertes des „Lindberghs“. Stärker denn alles andere würgt im Volke die Legende. Es ist das Verdienst der letzten glorreichen Jahrzehnte, alles, was in der Vergangenheit eine bessere Zukunft angeordnet hat, dem Volke gründlich aus dem Gedächtnis gelöscht zu haben.

Man würde ohne Schopenhauer die Erinnerung an einige unglücklich vergessene Epochen deutscher Geschichte auf. Die Geschichte der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts für den Film steht gegeben. Spiel: Die Freiheitsbewegung; das Währungsrecht; das junge Deutschland; das prächtige Parlament in der Paulsenstraße; der Kampf der Richter in Wort und Schrift; die Verfassungskämpfe; die Revolution. Gegenstück: Metternich und die deutschen Fürsten; das Jahr 1830; die Karlsbader Beschlüsse; das Zerbrechen des Reiches der Schürzen des Heine, Gutzkow und Schopenhauer; die Verfolgung und Unterdrückung der nationalen Freiheitsbewegung; die Niederwerfung der Revolution; das Ende des Freiheitskampfes. Ein solcher Film sei nicht nach des deutschen Publikums Geschmack? Ganz: auch der soll berücksichtigt werden. Aber erst am Ende: am Ende der Hoffnungen unter Verleugern; am Ende des Parlamentarismus, das macht die Kontinuität des deutschen Volkes über jene Kämpfe dramatisierte; am Ende des Freiheitskampfes, als ungeheure Reize die Heimat verlassen, um in anderen Ländern Staatsbürgerschaft nach ihrem Sinne zu suchen — da soll er kommen der bedeutende Paradenzug von Potsdam, bei dem der Mann nun gestiegen, freier Deutschland, das dem Deutschland der Richter und Dichter geschaffene und heraufbeschworene neue glückliche Epoche, deren Fortschritt zu erleben und Spätere ein glückliches Schicksal bereitet hat.

Rein für den alten Heder mag? Was würde man, wenn er keine Kenntnisse und noch erfüllt dem seinen alten Jorden durch die heutigen Leute nicht, dem ihm sagen? Da ist kein Zweifel — es ist das alte Sch.

Er hing an keinem Namen.
Er hing an keinem Titel.
Er hing nur an dem Namen
der deutschen Republik!
Andolf Geldern in der „Reinigung“.

Ein amerikanisches Kulturbildchen.

Der Name des amerikanischen Schriftstellers Upton Sinclair, dessen faszinierende Romane sich die Welt erobert haben, dürfte allseitig bekannt sein. Ein „krimineller Syndikalismus“ aber, der in Verbindung mit Sinclair gebracht wurde, ist auf den ersten Blick so furchtbar und unwahrscheinlich, daß man versucht wäre, an eine Zeitungsentzwei zu glauben. Und nun hören wir aus dem Munde des Verf., was Sinclair selbst darüber in der New Yorker Zeitschrift „Liberator“ zu berichten hat:

In der kalifornischen Stadt Los Angeles brach ein Land-käufer Streik aus. Die Polizei ließ sich von einer Unternehmungsorganisation beschuldigen, die Streikenden gewalttätig niederzuwerfen. Sie verhaftete unter den mächtigsten Vorwänden Streikende, machte deren Versammlungen unmöglich, konfiszierte rote Frauen und mißhandelte in der grausamsten Weise die Verhafteten.

Sinclair wurde danach seinem eignen Gelübde, sich niemals mehr in politische Angelegenheiten einzulassen, und führte eine Abordnung zum Bürgermeister, um die Erlaubnis zu einer Versammlung zu erhalten, in der er die — Konstitution der Vereinigten Staaten vorlesen und erläutern wollte. Der Bürgermeister sandte die Abordnung zum Polizeihauptling, der drohte, jeden, der es wagen sollte zu sprechen, zu verhaften. Man lehrte sich aber nicht an das Verbot und eröffnete auf einem Grundstück um 10 Uhr abends eine Versammlung. Sinclair begann den Absatz der Verfassung vorzutragen, der die persönliche sowie die Rede- und Versammlungsfreiheit zum Inhalt hat. Weiter kam er aber nicht, denn die Polizei verhaftete ihn. Trotzdem der Polizeikommissar sich weigerte, eine Anklage wegen kriminellen Syndikalismus gegen Sinclair zu erheben, wurde er doch auf Grund dieses Deliktes unter Anklage gestellt, weil er „Gebanken und Theorien behauptete und bestrich, die ungebührlich und anstößig sind, die Freiheit des Landes, die Rechte des Privateigentums und die persönliche Freiheit der Bürger des Landes zu beeinträchtigen“.

Die dieser juristische Vorgang ausging, steht einweisen noch nicht fest. Daß die politischen Vergehen um ein neues Delikt, das des kriminellen Syndikalismus“ bereichert wurden, und die Verlesung einer Staatsverfassung auf freiem Grund vor freien Bürgern als strafbares Verbrechen betrachtet wird, ist eine reizende Zeilinie. Heil Kolumbien!

Heftendruck. Im Berliner Thalia-Theater kann ein erschütterndes Schauspiel „Kriminell“ herauf, verfasst von E. S. Koolinghoff, dem Verfasser eines Schopenhauer-Opus im Jahre

Betriebsverteilung sowie auch der Unternehmer haben alsdann sofort dem örtlichen Arbeitsnachweis darüber Mitteilung zu machen.

Diese Bestimmungen sind den Unternehmern natürlich sehr unbequem. Sie können sich aber auf die Kommunisten verlassen, die drauf und dran sind, wie in Thüringen auch die sächsische Arbeiterregierung zu stürzen.

Verhandlungen mit den Unzuverlässigen.

Am Donnerstag nachmittag wurden die am Montag zwischen der kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei begonnenen Verhandlungen über die Regierungsbildung in Thüringen fortgesetzt. Vor Beginn der Verhandlungen gaben die Kommunisten eine Erklärung ab, in der sie von der Sozialdemokratischen Partei die völlige Unterwerfung unter die kommunistischen Bedingungen fordern, andernfalls sie für die Landtagsauflösung stimmen würden. In der Erklärung, die in ihrem ersten Teil infolgedessen einen Rechtfertigungsversuch für die kommunistische Partei darstellt, als die Schuld für ein Scheitern der Verhandlungen der Sozialdemokratischen Partei zugeschoben wird, und die in ihrem zweiten Teil einige Angriffe auf den Justizminister und den Innenminister enthält, heißt es am Schlusse:

Wenn die Sozialdemokratische Partei ihren ablehnenden Standpunkt in der Frage des Betriebsräte Kongresses und der gemeinsamen Hunderttägigen nicht aufgibt, wird die kommunistische Partei hieraus die weiteren politischen Folgerungen ziehen und der Landtagsauflösung zustimmen.

Die Verhandlungen wurden hierauf auf eine Stunde unterbrochen. Nach der Wiedereröffnung wurden zunächst die in der Erklärung enthaltenen Angriffe auf den Justizminister und den Innenminister als Knüttel der Tatsachen entsprechend zurückgewiesen. Genosse Mittelweg, der persönlich zugegen war, bewies am Hand des Materials, daß die Angriffe völlig den Tatsachen zuwiderlaufen. Dergleichen konnten auch die Angriffe gegen den Innenminister als haltlos nachgewiesen werden.

Die Kommunisten versuchten gegen dieses Tatsachenmaterial keinen Gegenbeweis zu erbringen, die Angriffe brachen in sich zusammen. Zu dem übrigen Teile der Erklärung teilt die Verhandlungskommission der Sozialdemokratischen Partei mit, daß sie ihre Antwort auf die Erklärung schriftlich niederegen und der kommunistischen Partei im Laufe des nächsten Tages zugehen lassen werde. Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Kommunistisches „Reparationsprogramm“.

Die Kommunisten haben nie so günstige Zeiten für ihre Agitation gehabt wie jetzt. Sie haben aber auch nie so viel Parolen gehabt wie jetzt. Parolen zur Auswahl. Für ihre eignen Anhänger, die indifferenten Arbeiter, die sozialdemokratischen Arbeiter, die Landarbeiter, die Kleinbauern, die Bauern, den Mittelstand, die Beamten, die Nationalisten und die Antinationallisten, für den Krieg und gegen den Krieg, für die Faschisten und für die Antifaschisten, in Deutschland sind sie gegen das internationale Kapital und in Rußland, im heiligen Rußland, gilt die Parole: Her mit dem internationalen Kapital. „Nur herein, paßiert, meine Herrschaften, wir haben für jeden etwas, bei uns kann sich jeder amüßieren!“

Ueber der ganzen Parolenschienderei haben die guten Kommunisten vergessen, sich um die politischen Probleme zu kümmern, die sofort gelöst werden müssen, weil sie uns allen, dem Arbeiter sowohl wie dem Kapitalisten, auf den Nägeln brennen. Da ist z. B. die Frage, wie kommen wir aus dem Ruhrabenteuer

heraus. Der passive Widerstand kostet täglich 10 bis 12 Millionen Goldmark, Frau v. Oheimb sprach sogar von 40 Millionen. Es gibt keinen vernünftigen Menschen in Deutschland, der nicht einseht, daß der passive Widerstand so schnell als nur irgend möglich aufgegeben werden muß. Alle vernünftigen Menschen sind sich auch darüber einig, daß Deutschland ganz ungeheure Lasten auf sich nehmen muß. Jeder vernünftige Mensch hat inzwischen auch begriffen, daß zur Zahlung der Reparationen der Besitz herangezogen werden muß. Das alles sind nachgerade Selbstverständlichkeiten geworden.

Und die Kommunisten? Die erzählen Wunder von der Arbeiter- und Bauernregierung. Zunächst wollen sie (Note Jahne vom 19. September) den passiven Widerstand fortsetzen, denn es sei klar, daß er nicht aus der Hand gegeben werden könnte, ehe nicht die Räumung der Ruhr und die Unabhängigkeit Deutschlands gesichert wären. Woher die Arbeiter- und Bauernregierung die Goldmillionen hernehmen will, das sagt die „Note Jahne“ nicht. Die Arbeiter- und Bauernregierung will aber auch Reparationen zahlen:

Solange in Frankreich nicht eine proletarische Regierung am Ruder ist, die erlaubt, den Versailler Räubervertrag zu liquidieren, solange wird auch eine proletarische Regierung notgedrungen zahlen müssen, und sie wird ihre Bereitschaft dazu erklären müssen.

Nehmen wir also an: die Kommunisten machen am nächsten Sonntag zusammen mit den Bauern Revolution und ab Montag haben wir eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Der Preis der Volksstimme.

Die Preise für Zeitungspapier sind auf 40 Goldpfennige für das Kilo heraufgesetzt worden. Vor dem Kriege kostete dieselbe Menge 21 Pfennige. Danach stellt sich ein Kilo Papier nach der gestrigen Dolleruotierung auf 20 Millionen Papiermark. Andere Materialien, wie Farbe, Öl, Strom, Gas, Streuen sind auch stark gestiegen, und entsprechend dem Lebensmittelpreis auch Löhne und Gehalte. Unter diesen Umständen ist der Verlag gezwungen, den Bezugspreis, nicht wie gestern irrtümlich angegeben wurde, auf 3 1/2 Millionen Mark, sondern auf

13 1/2 Millionen Mark

für die Woche vom 24. bis 30. September festzusetzen. Zum Beweis dafür, daß der Verlag der „Volksstimme“ nichts Außergewöhnliches fordert, mag die Tatsache dienen, daß das „Berliner Tageblatt“ in der nächsten Woche 40 Millionen fordern muß.

Bauernregierung. Kein Mensch leistet Widerstand, alles ist aus Angst vor dem roten Terror der neuen Regierung bedingungslos ergeben. Der passive Widerstand wird fortgesetzt, Kostenpunkt täglich mindestens 10 Goldmillionen. Drei Monate müßte schon durchgehalten werden: rund eine Goldmilliarde. Und da nicht anzunehmen ist, daß bis dahin die Franzosen bei Nacht und Nebel aus dem Ruhrgebiet verdrückt, muß die Arbeiter- und Bauernregierung entweder „notgedrungen zahlen“ oder an Frankreich den Krieg erklären. Wir nehmen an, daß die Arbeiter- und Bauernregierung das Vierteljahr benutzt hat, um sich auf alle Eventualitäten, also auch auf den Krieg vorzubereiten, und die Franzosen, Belgier, Engländer, Italiener, Tschechen, Polen usw. nichts, aber auch gar nichts dagegen unternahmen. Wir wissen aus der Kriegszeit, daß Duzende von Goldmilliarden notwendig sind, um ein modernes Heer auch nur einigermaßen auszurüsten. Passiver Widerstand und Kriegsvorbereitungen müssen aus dem Sachwertbesitz bezahlt werden. Was bliebe dann noch übrig? Entweder zum

Kriegsführen oder zum Bezahlen von Reparationen, bis Frankreich ebenfalls eine Arbeiter- und Bauernregierung am Ruder ist, die auf alle Kriegsschuldigen bezahlend die zerstörten Gebiete selbst aufbaut und die Schulden England und Amerika bezahlt.

Es genügt, um die Unfähigkeit der kommunistischen Führer zu erweisen, vollkommen, wenn man ihre Vorschläge in bezug auf unmittelbar praktische politische Aufgaben auf ihre Durchführbarkeit prüft. Das „Reparationsprogramm“ der Kommunisten, ihre Vorstellungen von der Beendigung des Ruhrabenteuers offenbaren eine vollkommene geistige Pleite.

Wilhelm Pfannkuch's Heimgang.

Mit Regen und Sturm und dem Gesiesel malter, meller Mütter ging der Tag zu Ende, der auch die letzten sterblichen Ueberreste des Kältesten unsrer Parteiführer, Wilhelm Pfannkuch, im Gerichtsstrafen-Krematorium der gehenden Flamme übergab. Noch einmal war von den vielen Freunden eine große Schar zusammengeströmt, um dem treubewährten Freund an geweihter Stätte die letzte Ehre zu erweisen. Die große Beizehungshalle des Krematoriums sah kaum die Schar der Erschienenen, die nicht nur die Halle selbst, sondern auch die beiden Ränge bis hoch hinauf zur Kuppel füllten. Die Reichstagsfraktion, die Berliner Stadtverordnetenfraktion, der Parteivorstand, die Redaktion des „Vorwärts“, Buchhandlung und Verlag, der 6. Groß-Berliner Bezirk, der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratische Partei Rußlands, alle hatten sie Vertreter entsandt, die sich um die Angehörigen des greisen Entschlafenen scharten.

Die treue langjährige Gefährtin des Verbliebenen hat der Tod des teuren Gatten auf das Krankenlager geworfen, und so mußte sie mit den Töchtern der Feier fernbleiben. Der Sorg verchwand beinahe unter der Fülle der gespendeten Kränze. Am führende lag der Kranz des Reichspräsidenten Genossen Ebert mit einer schwarzrotgoldenen Schleife, Parteivorstand und Reichstagsfraktion, der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, die Redaktion und Verlag des „Vorwärts“, die Geschäftsleitung und Personal der Buchhandlung Vorwärts hatten Kränze gespendet. Von dem Bezirk Kassel der Vereinigten sozialdemokratischen Partei und von Redaktion und Verlag des Kassel-er „Volksblattes“ sowie von der Magdeburger Parteiorganisation und dem Verlag der „Volksstimme“ waren Kränze da und die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der Sozialdemokratischen Partei Georgiens hatten gleichfalls Kränze gesandt.

Nach einem stimmungsvoll vorgetragenen Männerchor „Ein Sohn des Volkes will ich bleiben“ betrat Genosse Wolfendüh die Rednertribüne und rief namens der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes dem Toten die letzten Worte zu. „Daß unser lieber alter Wilhelm Pfannkuch nicht mehr unter den Lebenden weilt, das ist etwas, was wir täglich jetzt immer von neuem werden begreifen müssen und was wir doch nicht glauben mögen. Es ist eine Lücke in unsre Reihen gerissen, die niemals wieder ausgefüllt werden kann. Ist doch mit Pfannkuch der älteste Sozialdemokrat, der in Deutschland lebte, dahingegangen. Bereits 1868 schloß er sich der Partei an, hat ihr also 60 Jahre angehört. Ein Versuch, einen Ueberblick zu geben über das, was er geleistet hat, ist in diesem Augenblick ganz unmöglich. Tag für Tag hat er in der Arbeit und auf dem Posten gestanden und ist unermüdet bis zum letzten Augenblick tätig gewesen, so unermüdet, so geistig frisch, daß niemand daran gedacht hat, daß er eines Tages nicht mehr da sein könne.“

Im Namen der ausländischen Sozialdemokraten und der belgischen Partei drückte Genosse Gubmann der Familie und der Partei das Mitgefühl und das tiefe Bedauern aus über das Ableben des unermüdeten Kämpfers und Kameraden und treuen Mitarbeiters am Werke der internationalen Einigung. Dann widmete Genosse Zubeil seinem alten Kameraden tiefergreifende Worte des Wohlwunsches. Er brachte den Dank der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion dar, der der Verdienste nahezu 28 Jahre angehört hat. Ueberall, wo er tätig gewesen war, seine Arbeitsfreudigkeit unübertrefflich, seine Arbeit selbst ein leuchtendes Beispiel. Seine schönste Hoffnung, in seinen alten Jahren in einen stillen Hafen der Ruhe einzulaufen, ist ihm nicht erfüllt worden. Mitten im Sturm und Kampf ist er dahingegangen.

Für den Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes sprach Genosse Gramann und rief dem Freunde, dem Berufs- und Kampfgenossen, der nicht allein für die Partei, sondern stets auch für die Gewerkschaften eingetreten ist, warmempfundene Worte nach. Der tote war ein Riese der Opfermüdigkeit und der selbstlosen Pflichterfüllung. Sein Vorbild muß ansporndend auf alle Lebenden wirken. Auf ihn trifft das Dichterverwort zu: Wer den Besten seiner Zeit genug getan, der hat gelebt für alle Zeiten.

Namens des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung sprach der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Caspari. Berlin hat Pfannkuch viel zu danken. Berlin, wo er als letzter noch lebender Schüler Lassalles mehr denn 20 Jahre als Stadtverordneter tätig war, hat die Arbeit seiner besten Mannesjahre gesehen. Seine letzte Sorge galt der Not der Blinden, für die sein warmes Herz schlug. Die Würde und die Ehrlichkeit seines ganzen Wesens wird allen denen, die mit ihm zu tun gehabt hatten, unvergesslich sein.

Für den 6. Kreis (Kreuzberg) rief Genosse Schmidt die Toten ein letztes Abschiedswort nach, und der Vertreter der Städtischen Blindenanstalt dankte dem Freunde der Blinden in bewegten Worten. Unter den leisen Klängen von „Ueber allen Gipfeln ist Ruh“ und unter verfallendem Orgelspiel sank der Sarg in die Tiefe.

Meldungen von der Ruhr.

Ausweisungen. Aus Farn wurden am Dienstag 81, am Mittwoch 30 und am Donnerstag 40 Bergarbeiterfamilien ausgewiesen. Die Vergleute, die zur Belegschaft der Beche Viktor III und IV gehören, halten sich geweiht, unter französischer Verwaltung auf der Beche zu arbeiten. In Dortmund haben die Familien von zwei Eisenbahninspektoren einen Ausweisungsbefehl erhalten. Ein Ausweisungsbefehl gegen einen befristeten Eisenbahnarbeiter wurde mit Rücksicht auf das hohe Alter des Beamten wieder zurückgenommen.

Kontribution oder Beschlagnahme. Der Stadtverwaltung Essen ist von den französischen Besatzungsbehörden mündlich mitgeteilt worden, daß man dem Stadt- und Landrat Essen täglich eine Kontribution von 18000 Frank auferlegen will. Man will bei der Kontribution den allen Beschlagnahmen absehen. Die Stadt Essen hat dieses Ansinnen abgelehnt.

ES bleibt beim Todesurteil für Raabe. Das Revisionsgericht in Düsseldorf hat die von dem am 8. September zum Tode verurteilten Studenten Raabe eingelegte Revision verworfen.

Gewerkschaftliche Mittel. Der Vertreter der Preussischen Regie in Koblenz hat die Vorstände und Vertreter der deutschen Eisenbahner des Bezirks Trier aufgefordert und ihnen eröffnet, daß in vierzehn Tagen die Sache für Deutschland verloren sei und nur diejenigen leitenden Beamten beschäftigt würden, die vorher den Dienst bei der Regie aufgenommen hätten. Das Kaufmann wurde abgelehnt.

Schwein“, um dessen willen der grimme Brunner ihn vor den Stadtherrn gerufen hat — freilich vergebens. Das Hamburger Stadtheater veranfaßte die Aufführung von Gerhart von Keyserlers „Insonstigen Drama“, zu deutsch Oper „Geißelfahrt“. Das wichtigste Theaterereignis aber dürfte die Aufführung von Ernst Toller's „Hinkemann“ am Alten Theater in Leipzig sein. Ein rechtsgerechtes bürgerliches Blatt wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ müssen gestehen: „Ein feilschender Reicher hat es geschrieben, aus schmerzlichen Entwürfungen heraus, das ist ganz offenbar. Und weil es im Tiefsten ein leidenschaftliches Mahnruf zur Menschlichkeit ist, so richtet sich dieser Ruf Toller's gleich eindringlich an Bürgerliche wie Arbeiter. Wer Ohren hat zu hören, der höre darauf! Hier will ein Dichter Brücken über Abgründe schlagen. . . Der Eindruck war groß. Es gab ungezählte Hervorrufe, ja Blumen für die Darsteller. Dem Arbeiter-Bildungsverein, dessen Initiative diese Aufführung zu danken ist, sind wir verpflichtet für den Abend. Wir wissen nun, daß Ernst Toller, der Bühnendichter, eine Hoffnung auch für uns ist!“ — Möchten sie doch die Konsequenz daraus ziehen und diesen Dichter, der für sie „eine Hoffnung“ ist, aus dem Berliner der beherrschenden Spandauer Vorhölle! — Die zwischen der Direktion der Großen Volkoper in Berlin und dem Orchester ausgebrochenen Differenzen, die wie gemeldet, zu einer eintägigen Spielunterbrechung geführt haben, sind gestern in einer Vorkonferenz, an der außer der Theaterleitung und dem gesamten Personal auch die Vertreter des Deutschen Musikerverbandes, der Deutschen Bühnengenossenschaft und des Chorführer-Verbandes teilgenommen haben, auf gutlichem Wege beigelegt worden. Der Theaterbetrieb ist mit „Julius Caesar“ wieder aufgenommen worden.

Bildende Kunst. In dem zur Stadtgemeinde Spalato gehörigen serbokroatischen Dorfe Salona, das an der Stelle der alten Hauptstadt der römischen Kolonie Salona steht, haben Dr. Ananias und Dr. Karanov Grabungen unternommen, bei denen sie die Fundamente einer römischen Basilika aus dem 6. Jahrhundert fanden. Das Relief des Bodenbelags ist noch unversehrt erhalten, obwohl Teile von den Mauern des Ortes verfallen sind, die mit den bunten Steinen ihre Säulen schmückten. Da die Verwaltung des archäologischen Museums in Spalato und die Regierung in Belgrad kein Geld für weitere Ausgrabungen übrig haben, sind in Spalato dänische Archäologen eingetroffen, die die Ausgrabungen in der Umgegend des römischen Amphitheaters und der großen Basilika, die zu den hervorragendsten Resten der altrömischen Kolonie gehören, auf eigene Kosten unternehmen. — Das Gebiet der ehemaligen Davidstadt (Opfel) in Jerusalem ist unter fünf wissenschaftliche Gesellschaften aufgeteilt worden, die dort Grabungen veranstalten wollen, um eine vollständige, von israelitischen, von

jüdische und eine italienische; daneben noch der französische Kapitän Weill, dem Geldmittel vom Baron Rothschild zur Verfügung gestellt sind. — Paris wird ein Museum neuse um erhalten im Museum Carnavalet. Dieses Museum wird die ganze Entwicklung der Mode vom frühen Mittelalter an vorführen. Die Kostüme, die dabei verwendet werden, stammen zum größten Teil aus dem Besitz des großen Modeschneiders Maurice Delort. Die Kleider werden auf Wachfiguren angezogen und diese sind zu einem lebendigen Anschauungsmittel aus dem Gesellschaftsleben der verschiedenen Epochen gruppiert, der noch erweitert wird durch stilgerechte Inneneinrichtung und durch gemalte Hintergründe.

Sinnige Dichterehrung. Walter Harlan, dessen — leider auch bei uns — vielgespieltes Schauspiel „Das Nürnberger Ei“ dem Erfinder unsrer Taschenuhren, dem Schlosser und Feinmechaniker Peter Henlein, gewidmet ist, wurde nach einigen Dortmunder Aufführungen dieses Werkes zum Ehrenmitglied des westfälisch-sippischen Uhrmacher- und Goldschmiedeverbandes ernannt. — Eine famose Idee, die sich schon ausbauen läßt! Wir schlagen vor, Heibel für seine „Maria Magdalena“ zum Ehrenmitglied zu ernennen gemeinsam mit dem Verfasser des „Meister Delge“, Johannes Schlaf. Aus Gerhart Hauptmann ließe sich bequemer ein „Ehrenlosgewerke“, „Ehrenhandwerker“ und „Ehrenbühnenarbeiter“, aus Otto Ludwig für seinen Roman „Zwischen Himmel und Erde“ nachträglich noch ein „Ehrenbachdeckermeister“ machen. Es geht nichts über sinnige Ehrungen!

Die deutschen Ausgrabungen in Mittel. Das große Werk, das Theodor Wiegand, der Berliner Museumsdirektor, über die Ergebnisse der von ihm geleiteten Ausgrabungen und Untersuchungen in Mittel herausgibt, wird demnächst eine Fortsetzung erhalten. Professor Hubert Knauth schildert in einem statistischen Heft den jüdischen Markt und die benachbarten Banuolagen der alten Atrianischen Hauptstadt. Ein geschichtliches maronisches Prospekt, mit lustiger Tabernakelarchitektur aus der Zeit um 400 n. Chr., führt auf einen der gewaltigsten Marktplätze der antiken und modernen Welt, der von zweihöckerigen dorischen Hallen und von Verkaufsräumen, zum Teil in dreifacher Reihe, bis zur Länge von 90 Metern umgeben wird. Dieser Markt stammt aus hellenistischer Zeit; besonders beachtenswert ist das Orzendentmal der Königin Laodize, das durch die Feinheit seiner Bauglieder ein wichtiger Beitrag für die Entwicklung des orientalischen Stils ist. Von ebenso großartigen Dimensionen wie der Südmarkt ist das gewaltige maronische Arsenal an der Westseite in der Nähe des Serapideustempels, der in hellenistischer und römischer Handelsstädten der typische Nachbau des Marktes ist. Das Ganze bildet wiederum einen großen Markt, der der Suburbanität der antiken

Waldemar Holz (Usherleben).

Unerbittlich greift der Tod in die Reihen unserer Reihen. Eben erst haben wir Wilhelm Pfannkuch verloren, da trifft uns die Nachricht von einem neuen herben Verlust für unsere Partei. Wirken aus dem vollen Leben, aus der Arbeit für die Partei — er wollte in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter in Berlin — ereilte den Genossen Holz der Tod. Ein schwerer Verlust für unsere Partei, denn er war ein eifriger, treuer Genosse.

Waldemar Holz war die Verkörperung der Pflichterfüllung, rafflos war sein Arbeiten für die Partei. Er tat, was nach seiner Überzeugung gut für das Proletariat war. Er gehörte zu den ersten der Unabhängigen Partei und hat auch dort immer nur sich selbst eingesetzt für die Arbeiterklasse. So ward er zum eifrigsten Förderer des Einigungsgebändnisses. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei gab ihm ein Landtagsmandat, das er mit beispielhafter Pflichterfüllung ausübte. Manche heiße Schlacht hat er im Preussischen Landtag der Schulreaktion geliefert.

Zahlreiche Städte und Dörfer kennen den Kämpfer als glänzenden Versammlungsredner, der ob seiner hohen Sachlichkeit besticht. Weit über unsere Grenzen ging auch Holzens Ruf als Schulmann. Er galt als einer der besten Pädagogen, die für gute Meinungen erfolgreich gewirkt hat. Seit Jahren schlug Holz nie ein Kind. Die übergroße Mehrzahl besonders der Usherleber Schützlinge hängt mit Verehrung und Liebe an diesem Vorkämpfer. Den Gegnern flüchtete er Achtung ein.

Das Proletariat in Usherleben verliert in Waldemar Holz einen bedeutenden Führer. Als Stadtrat, als Lehrer, als Mensch gehörte er nur dem wertvollsten Volke, sich selbst und seine Familie fehlte er hindern. Er lebte seinen großen, schönen Idealen und lehrte beispielhaft jede persönliche Ehrung ab. Ganz gehörte er dem Volke; dem Proletariat zu helfen, war sein schönstes Ziel. Das Proletariat hat einen guten Freund verloren. Sein Werk setzen wir am besten fort, wenn wir in seinem Sinn arbeiten und hinhinwirken.

Notizen.

Insgesamte Rechtsunterschiede. Von der Berliner politischen Polizei wurde am Mittwochabend eine Versammlung der Jugendgruppe Prinz Louis Ferdinand wegen dringenden Verdachtes des Verstoßes gegen das Republikgesetz und gegen die Verordnung über das Verbot militärischer Verbände ausgeschrieben. 70 Personen wurden zum Polizeipräsidium gebracht und zugleich die Durchsuchung ihrer Wohnungen angeordnet. Nach eingehender Vernehmung sind die meisten der Festgenommenen wieder entlassen worden. Die Ermittlungen dauern fort. Die Jugendgruppe Prinz Louis Ferdinand gehörte früher der deutschen nationalen Pismarck-Jugend an, wurde aber vor kurzem wegen ihrer rechtsradikalen Bestrebungen ausgeschlossen. Ihre Mitglieder trafen bei wiederholten Zusammenkünften mit politischen Gegnern besonders aggressiv auf. Sie waren hierbei mit Schlagwaffen, darunter auch mit abgabepflichtigen Pistolen versehen.

Nationalsozialistischer Madan in Stuttgart. Inläßlich einer am Mittwoch von den Nationalsozialisten in Stuttgart abgehaltenen Versammlung kam es im Saale und auf der Straße zu Rabauzereien. Nach den polizeilichen Mithteilungen wurden scharfe Schläge auf die Polizei abgegeben und viele mit Steinen beworfen. Eine Person wurde durch einen Dungenstich schwer verletzt und nach dem Krankenhaus gebracht. Es gelang der Polizei, die Ruhe wiederherzustellen.

Wam Streik in Waben. In dem oberbairischen Streitgebiet hat sich im Verlauf des Donnerstags die Lage wesentlich gebessert. In Straßburg waren die Geschäfte wieder reiblos geöffnet nachdem überall die Ruhe wiederhergestellt war. Der Telephon- und Jugverkehr ist normal. Die Arbeit ist noch nicht überall aufgenommen worden. In Freiburg wurde der Generalstreik nach einer lebhaften Sitzung des Gewerkschaftsrats abgebrochen. In Heidelberg, wo die Kommunisten am Mittwochabend einen Beschluß für den Generalstreik faßten, ist eine Durchführung dieses Beschlusses nicht erfolgt. In Mannheim ist alles ruhig. Die Franzosen scheinen sich in dem Schloße häuslich einzurichten zu wollen.

Stinnes in Moskau. Nach einer Pariser Meldung soll Hugo Stinnes in Moskau eingetroffen sein und Verhandlungen über landwirtschaftliche Konzessionen mit der Sowjetregierung führen.

Dollar Amtl. Notiz v. Donnerstags 181 545 000
Freitag mittags circa 110 000 000
Letzter Kurs in Newyork 111 111 000 Mt.

Das bulgarische Kabinett gefährdet. Die latente Kabinettskrisis droht jetzt offen auszubrechen. Die Sozialisten verlangen den Austritt des nationalliberalen Ministers Kraloff. Sie drohen, ihren Minister Kraloff aus der Regierung zurückzuziehen, falls ihrem Verlangen nicht entsprochen wird. Die Entscheidung drängt, da Kraloff nicht zurücktreten will und da die Sozialisten die Frage der Wahlauflösung nicht behandeln wollen, als Empfohlen sich im Kabinett befindet. Die Nationalliberalen erklären, aus dem Kabinett nur dann auszutreten, wenn Ministerpräsident Jankoff die Demission des gesamten Kabinetts einreicht und der König ihn mit der Bildung eines neuen Kabinetts ohne ihre Beteiligung beauftragt.

Rußische Revolutionstrüben. Aus Moskau meldet der Dö-Groß: In Moskau habe sich vor einigen Tagen der ehemalige Leiter des Revolutionstrüben in Stawropol (Südostrußland) Kolbanowki vor Gericht zu verantworten. Er selbst, seine ebenfalls dem Tribunal angehörende Frau und seine Untergebenen wurden wegen Mißbrauch der Amtsgewalt, Erpressung und Unterschleifen, Fölkterung von Gefangenen und Verschwendung der eingekaufenen Stationsklagen schuldig gesprochen. Kolbanowki wurde zum Tode verurteilt, doch wurde die Strafe auf eine zehnjährige Gefängnisstrafe ermäßigt. Der Prozeß erinnerte in vielem an den in den Jahren abgelaufenen ähnlichen des Krasnodarschen Tribunals, bei dem der Hauptbeteiligte zum Tode verurteilt wurde.

Der Reichsbankausweis. Aus dem letzten Reichsbankausweis geht hervor, daß sich die gesamte Kapitalanlage abermals um 68,8 Milliarden auf 1859 Milliarden gesteigert hat. Die Steigerung ist in erster Linie auf die Ansprüche des Reiches zurückzuführen. Die diskontierten Schatzanweisungen stiegen sich von 987 Millionen auf 1715 Millionen, der Notenumlauf um 518,8 Milliarden auf 1182 Milliarden. Der Goldbestand hat sich um 20,6 Milliarden Goldmark verringert und beträgt jetzt 478 583 000. Die Verringerung ist auf die Interventionen der Regierung zurückzuführen.

Griechenlands Genugtuung. Am Mittwoch lieferte die griechische Flotte den italienischen Bahnen die Ehrenbezeugungen, die im zweiten Akt der griechischen Regierung gerichtlich italienischen Note vom 29. August gefordert wurden. Zur Zeremonie, die vor der Bucht von Haloron stattfand, war eine ungeheure Menschenmenge erschienen. Um 8 Uhr erschienen die griechischen Schiffe in der Bucht von Haloron. Inzwischen wurden am Horizont die Einheiten der italienischen Marine Division sichtbar. Ihnen folgten der englische Kreuzer Comus und der französische Kreuzer Mulhouse. Die griechischen Schiffe hielten die italienische Flagge und feuerten Salutschüsse ab. Das gleiche wiederholte sich nach der Fölkterung der französischen und englischen Flagge. Nach einem Gottesdienst zu Ehren der Ermordeten war die Schöneaktion beendet, worauf die italienischen und alliierten Schiffe ebenfalls Schüsse abfeuerten. Dadurch wurden zwar nicht die Toten erweckt, aber die Lebenden durch diese Schöneaktion im letzten Moment vor neuem Massenmord bewahrt.

Depeschen.

Die Lohnsätze für Reichsarbeiter.

26. Berlin, 21. September. Die endgültige Lohnmehrzahl für die Reichsarbeiter wurde auf Grund der gestern abgeschlossenen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Arbeitgeberorganisationen für die laufende Woche auf 23 500 festgelegt. Bei den Beiratsprüfungen über die Anpassung der Beamtengehälter an den veränderten Lebenswert wurde für das vierte Semester die Mehrzahl von 7000 in Aussicht genommen. Die hiernach sich ergebenden Zahlungen sollen, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstags, am 25. September erfolgen. Alle näheren Angaben sind aus dem Reichsbesolungsblatt ersichtlich.

Der Abschiedsbesuch.

26. Paris, 21. September. Baldwin stattete gestern abend nach seiner Rückkehr von Versailles Poincaré am Quai d'Orsay einen Abschiedsbesuch ab. Die Unterredung dauerte 10 Minuten.

Die französische Beratung.

26. Paris, 21. September. Gestern abend trat unter dem Vorsitz Poincarés eine Konferenz zusammen, die sich mit der Ruhr- und Rheinangelegenheit befaßte. Dieser Konferenz wohnten Marschall Foch, der Finanzminister, der Minister für öffentliche Arbeiten, der rheinische Oberkommissar Lirard und der elsässische Abgeordnete Oberkirch bei. Es wurden nach dem „Matin“ alle Fragen durchgesprochen, die sich im Augenblick ergeben würden, in dem der passive Widerstand sein Ende findet. Ueber die Wiedereröffnung der Arbeit berichtete Le Trocquer, über den Marktzug der Finanzminister und über die Stimmung der Bevölkerung im besetzten Gebiet sprach Lirard selbst.

Westeuropäische Zeit.

26. Saarbrücken, 21. September. Nach einer Verordnung des Regierungskommissars wird in der Nacht vom 6. zum 7. Oktober im Saargebiet die westeuropäische Zeit wieder eingeführt.

Ein Stadtviertel eingeeffert.

26. Lemberg, 21. September. Durch einen großen Brand ist das jüdische Viertel der Stadt Ulis-Gambor fast vollständig zerstört. 70 Häuser und zwei Synagogen wurden ein Raub der Flammen. 150 Familien sind obdachlos.

Ferngläser
Präzisionsglas
Photo-Apparate
15/21 Licht-Apparate
Litzner, Schopenhauer 3

Handdiener
unbedingt zuverlässig
Arbeitskraft im Haushalt
E. Lorenzthal & Co.
Königsplatz 14/15

Deutscher Holzarch-Verband
Ortsverwaltung Magdeburg.
In dieser Woche (jeweils 30) werden folgende Beiträge gezahlt:
für Arbeiter über 20 Jahre 3 850 000 M.
18-20 Jahre 3 300 000 M.
16-18 Jahre 2 850 000 M.
14-16 Jahre 1 540 000 M.
Arbeiterinnen über 22 Jahre 2 850 000 M.
20-22 Jahre 2 300 000 M.
18-20 Jahre 1 750 000 M.
14-16 Jahre 1 100 000 M.
Die Verwaltung.

Leder-Zentrale
Kernleder-Ausschnitt
und Arbeitsmittel
Gummistiefeln u. -abfälle
A. Altenau, Breitweg 229a.
Bitte genau auf Firma zu achten.

Wegen Aufgabe des Artikels
verkaufte ich weit unterm Preis
100 Bilderrahmen
oval und viereckig, 30x40 und 40x50 cm, sowie verschiedene eingebaute Bilder nebst einem Fingerringen, 130x60 cm, mit Goldrahmen.
Wilh. Mann, Cabini, Besichtig. auch Sonntag.

Geschäftsverlegung.
Mit dem heutigen Tage verlege ich meine Geschäftsräume von Augustastr. 40 nach
Fürstener 22
Für das mir bisher erwiesene Vertrauen bestens dankend, bitte ich, mir daselbe auch fernerehin bei Ausführung von Hoch- und Tiefbauten, Wohnhäusern und Industriebauten jedes Umfangs sowie sämtlichen Reparaturarbeiten und schwierigen Umbauten entgegenbringen zu wollen. Durch sachgemäße Baubereitung, jahrgemäße Ausführung und solide Preise werde ich weiterhin bemüht sein, meine Kundschaft in gewohnter Weise zufriedenzustellen.
Heinrich Gole, Baugeschäft.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Gesamtheit, 22. Straße, ebenfalls 74. Str., bei 211. Straße.
Bezirksversammlung für Salzbö.
Tagesordnung:
Beratung des Verhandlungsgegenstandes.
Die Verwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Verwaltung Magdeburg.
Für die 22. Woche (21. September) bezogen die Bezirksbeiträge:
Klasse 1 4 000 000 M.
Klasse 2 3 500 000 M.
Klasse 3 2 500 000 M.
Klasse 4 1 600 000 M.
Klasse 5 1 400 000 M.
Der Bezirksrat des erweiterten Saargebietes tritt am 1. Oktober an folgende Delegationsübernahme in Kraft.
Das Eintragsrecht für alle Mitglieder beträgt ab 1. Oktober 1923 200 M. für ein Eintragsjahr. Der Verbandsbeitrag für unbeschäftigte Mitglieder beträgt 10000 M. und für inaktive weibliche Mitglieder 5000 M. Die Beiträge sind in drei Raten zu zahlen, und zwar jeweils am 1. Oktober, 1. Februar und 1. April. Die Beiträge sind in bar zu zahlen. Die Beiträge sind in bar zu zahlen. Die Beiträge sind in bar zu zahlen.

Granat-Schmuck
Edelmetalle
Brillanten
kauft um die Ware zu verwenden
F. Strebel, Invalidenstr. 3
Schwarzenberg 29
am Königsplatz
Elektrisch, eigene Schleiferei, elektr. Betrieb

Ein großer Posten
Dänische Schweineköpfe
mit dicker Fettschicht zum billigsten Tagespreis eingetroffen.
Wilh. Heinemann
13 Bräulatenstraße 13.

100 Millionen Mark
Belohnung sichere ich demjenigen unter Ausschluss des Reichswegs zu, der mir meine beiden im Eisenindustriegebiete geföhlenen Lebertrüben wieder herbeiföhrt oder mir die Säter so namhaft macht, daß ich sie gerichtlich befangen kann.
Gustav Bischoff
Eisenbahn- und Tiefbaugeschäft
Magdeburg, Erzbergerstraße 18.

Esperanto!
Am Sonntag, 24. September, von 9 Uhr.
Bestandl. Propagandaversammlung
Redner: H. R. Voigt, Leipzig.
Einsammler: Lokal: Schule G. Schulstraße. — Neuer Kursus ab Mittwoch den 28. September d. S.

Städtische Oberer
Stadtrat Magdeburg.
Gesamtheit, 22. Straße.
Königsplatz 14/15.
Königsplatz 14/15.
Königsplatz 14/15.

Wenn Sie Druckaufträge zu vergeben haben
erinnern Sie sich, bitte, daß die Druckerei der Volksstimme auch alle andere Druckereien in besserer Arbeit zu soliden Preisen heranzubringt.
Fragen Sie bitte bei uns an
H. Pfannkuch & Co.
Ferneuf 961

Speisefartoffeln
Hermann Klutentrefer
Tel. 2526 u. 1507 Magdeburg
Bismarckstr. 13

Ständesamtliche Nachrichten.
Magdeburg, Altstadt.
Todesfälle, 21. September. (Alte) Heinrich Schmidt aus Wehlf. 74 J. Arbeiterverbandsobermann Hugo Wagner, 67 J. Arbeiter Hermann Rehrich, 84 J. Gertrud geb. Müller, Ehefrau des Polizeiwachmeisters Will Artelt, 24 J. Witwe Hedwig Müßlich, geb. Pasche, 66 J. Witwe Amalie Rehrich geb. Rehrich, 83 J. Ehe geb. Helmeke, Ehefrau des Kaufmanns Kurt Wenzel, 40 J. Emma geb. Stolle, Ehefrau des Postkassensers Friedrich Börgel, 38 J. Emma geb. Köhlig, Ehefrau des Tischlermeisters Julius Horn, 33 J.
Magdeburg, Neustadt.
Todesfälle, 19. September. Arbeiter-Schwabe Gustav Eder, 82 J. Kaufmann Gustav Zriele, 60 J.
Magdeburg, Subenburg.
Todesfälle, 20. September. Walefsa geb. Köfener, Ehefrau des Webers Karl Köfener, 69 J. Olga geb. Köfener, Ehefrau des Webers Wilhelm Köfener in Wambdorf, 42 J. Julie geb. Köfener, Ehefrau des Schlossers Karl Köfener, 56 J.

Wegen Aufgabe des Artikels
verkaufte ich weit unterm Preis
100 Bilderrahmen
oval und viereckig, 30x40 und 40x50 cm, sowie verschiedene eingebaute Bilder nebst einem Fingerringen, 130x60 cm, mit Goldrahmen.
Wilh. Mann, Cabini, Besichtig. auch Sonntag.

Städtische Oberer
Stadtrat Magdeburg.
Gesamtheit, 22. Straße.
Königsplatz 14/15.
Königsplatz 14/15.
Königsplatz 14/15.

Wenn Sie Druckaufträge zu vergeben haben
erinnern Sie sich, bitte, daß die Druckerei der Volksstimme auch alle andere Druckereien in besserer Arbeit zu soliden Preisen heranzubringt.
Fragen Sie bitte bei uns an
H. Pfannkuch & Co.
Ferneuf 961

Speisefartoffeln
Hermann Klutentrefer
Tel. 2526 u. 1507 Magdeburg
Bismarckstr. 13

Ständesamtliche Nachrichten.
Magdeburg, Altstadt.
Todesfälle, 21. September. (Alte) Heinrich Schmidt aus Wehlf. 74 J. Arbeiterverbandsobermann Hugo Wagner, 67 J. Arbeiter Hermann Rehrich, 84 J. Gertrud geb. Müller, Ehefrau des Polizeiwachmeisters Will Artelt, 24 J. Witwe Hedwig Müßlich, geb. Pasche, 66 J. Witwe Amalie Rehrich geb. Rehrich, 83 J. Ehe geb. Helmeke, Ehefrau des Kaufmanns Kurt Wenzel, 40 J. Emma geb. Stolle, Ehefrau des Postkassensers Friedrich Börgel, 38 J. Emma geb. Köhlig, Ehefrau des Tischlermeisters Julius Horn, 33 J.
Magdeburg, Neustadt.
Todesfälle, 19. September. Arbeiter-Schwabe Gustav Eder, 82 J. Kaufmann Gustav Zriele, 60 J.
Magdeburg, Subenburg.
Todesfälle, 20. September. Walefsa geb. Köfener, Ehefrau des Webers Karl Köfener, 69 J. Olga geb. Köfener, Ehefrau des Webers Wilhelm Köfener in Wambdorf, 42 J. Julie geb. Köfener, Ehefrau des Schlossers Karl Köfener, 56 J.

Wegen Aufgabe des Artikels
verkaufte ich weit unterm Preis
100 Bilderrahmen
oval und viereckig, 30x40 und 40x50 cm, sowie verschiedene eingebaute Bilder nebst einem Fingerringen, 130x60 cm, mit Goldrahmen.
Wilh. Mann, Cabini, Besichtig. auch Sonntag.

Städtische Oberer
Stadtrat Magdeburg.
Gesamtheit, 22. Straße.
Königsplatz 14/15.
Königsplatz 14/15.
Königsplatz 14/15.

Wenn Sie Druckaufträge zu vergeben haben
erinnern Sie sich, bitte, daß die Druckerei der Volksstimme auch alle andere Druckereien in besserer Arbeit zu soliden Preisen heranzubringt.
Fragen Sie bitte bei uns an
H. Pfannkuch & Co.
Ferneuf 961

Speisefartoffeln
Hermann Klutentrefer
Tel. 2526 u. 1507 Magdeburg
Bismarckstr. 13

Ständesamtliche Nachrichten.
Magdeburg, Altstadt.
Todesfälle, 21. September. (Alte) Heinrich Schmidt aus Wehlf. 74 J. Arbeiterverbandsobermann Hugo Wagner, 67 J. Arbeiter Hermann Rehrich, 84 J. Gertrud geb. Müller, Ehefrau des Polizeiwachmeisters Will Artelt, 24 J. Witwe Hedwig Müßlich, geb. Pasche, 66 J. Witwe Amalie Rehrich geb. Rehrich, 83 J. Ehe geb. Helmeke, Ehefrau des Kaufmanns Kurt Wenzel, 40 J. Emma geb. Stolle, Ehefrau des Postkassensers Friedrich Börgel, 38 J. Emma geb. Köhlig, Ehefrau des Tischlermeisters Julius Horn, 33 J.
Magdeburg, Neustadt.
Todesfälle, 19. September. Arbeiter-Schwabe Gustav Eder, 82 J. Kaufmann Gustav Zriele, 60 J.
Magdeburg, Subenburg.
Todesfälle, 20. September. Walefsa geb. Köfener, Ehefrau des Webers Karl Köfener, 69 J. Olga geb. Köfener, Ehefrau des Webers Wilhelm Köfener in Wambdorf, 42 J. Julie geb. Köfener, Ehefrau des Schlossers Karl Köfener, 56 J.

Esperanto!
Am Sonntag, 24. September, von 9 Uhr.
Bestandl. Propagandaversammlung
Redner: H. R. Voigt, Leipzig.
Einsammler: Lokal: Schule G. Schulstraße. — Neuer Kursus ab Mittwoch den 28. September d. S.

Städtische Oberer
Stadtrat Magdeburg.
Gesamtheit, 22. Straße.
Königsplatz 14/15.
Königsplatz 14/15.
Königsplatz 14/15.

Wenn Sie Druckaufträge zu vergeben haben
erinnern Sie sich, bitte, daß die Druckerei der Volksstimme auch alle andere Druckereien in besserer Arbeit zu soliden Preisen heranzubringt.
Fragen Sie bitte bei uns an
H. Pfannkuch & Co.
Ferneuf 961

Speisefartoffeln
Hermann Klutentrefer
Tel. 2526 u. 1507 Magdeburg
Bismarckstr. 13

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und die Kräfte spenden bei der Verlegung meiner lieben Angehörigen.
Auguste Hellrung
geb. Köfenerberg
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Pächtern des Hauses Seimfelder Straße 5 für die schon bei der Verlegung erwiesenen Aufmerksamkeiten unsern besten Dank. Auch Herrn Doktor Bollen herzlichsten Dank für die trostreichen Worte in der Kapelle und am Grab.
Im Namen der Hinterbliebenen
Karl Hellrung.
1915